

---

## **FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 7.3.2017**

### **» VERBRAUCHERSCHUTZ IM ALLTAG – UNSER GUTES RECHT!**



#### **SCHÖNE NEUE VERBRAUCHERWELT**

So viel Auswahl war nie. Produkte aus aller Welt oder von ganz nah, besonders günstig oder in Premiumqualität, im Laden oder online, neu oder gebraucht. Auch bei Telefon, Strom, Konto oder Krankenkasse gibt es Auswahl und Wechsellmöglichkeiten. Über Internetplattformen können Verbraucherinnen und Verbraucher sich informieren und Angebote vergleichen, teilen und ausleihen. Der Verbraucheralltag ist vielfältiger und oft einfacher geworden.

Trotzdem fühlen sich Verbraucherinnen und Verbraucher häufig blind angesichts der komplizierten Angebotswelt oder machtlos gegenüber Anbietern, die ihnen ihre Geschäftsbedingungen diktieren. Immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten wollen zu einer faireren, ökologischeren Wirtschaftsweise beitragen, können aber die wirklich nachhaltigen Produkte nicht erkennen. Die grüne Bundestagsfraktion will Verbraucherpolitik für den Alltag machen. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor gefährlichen Produkten und unfairen Geschäftspraktiken schützen. Wir wollen es ihnen leicht machen, die richtige Wahl zu treffen. Verbraucherinnen und Verbraucher sind Marktteilnehmer und haben Rechte. Dafür machen wir uns stark.

#### **VIELFALT ERFORDERT NEUE TRANSPARENZ**

Wissen, was drin ist – das ist das gute Recht von Verbraucherinnen und Verbrauchern, gerade bei globalen Lieferketten. Doch in der Realität ist kaum nachvollziehbar, ob beim Anbau von Lebens- oder Futtermitteln, beim Abbau von Rohstoffen oder in der Textilproduktion Menschen- und Arbeitnehmerrechte gewahrt wurden. Ebenso wenig, wie der ökologische Fußabdruck eines Produkts aussieht. Undurchschaubar bleibt oft auch, was auf den ersten Blick Informationen bietet. Unrealistische Portionsgrößen verschleiern den tatsächlichen Kaloriengehalt von Lebensmitteln, die "made in"-Bezeichnung von Kleidung sagt nichts darüber aus, wo tatsächlich genäht wurde. In seitenlangen AGBs und Datenschutzerklärungen bleiben wichtige Vertragsdetails verborgen. Wir meinen: Transparenz ist eine Bringschuld der Unternehmen und nicht täglicher Suchauftrag für die Kundinnen und Kunden. In globalisierten Handelsketten muss Transparenz auch Lieferketten und Produktionsbedingungen umfassen. Transparenz wirkt aber nur, wenn Informationen im richtigen Maß und verständlich vermittelt werden.

#### **SCHRITT HALTEN MIT DER DIGITALISIERUNG**

Auch durch die Digitalisierung verändert sich unsere Konsumwelt mit rasanter Geschwindigkeit. Neue digitale Angebote bieten große Chancen, aber auch Risiken, zum Beispiel beim Datenschutz. Daten und Informationen über mittlerweile oftmals gläserne Kundinnen und Kunden sind heißbegehrte Ware. Sie werden auf vielfältige Weise erhoben, über unsere Computer und Apps in Smartphones, Wearables und sogar über Spielzeuge im Kinderzimmer – oftmals ohne unser Wissen. Verknüpft über viele Produkte und Anwendungen hinweg werden daraus hochaussagekräftige und wertvolle Profile. Sie bestimmen oftmals darüber, welche Werbung, Angebote, Preise und Kreditbedingungen dem Einzelnen gemacht werden. Der Einsatz von intransparenten Algorithmen darf aber nicht zu Lasten derjenigen gehen, die ihre Daten nicht teilen oder die weniger einkommensstark sind. Einer solchen datengesteuerten Diskriminierung und Absage an gesellschaftliche Solidarsysteme stellen wir uns entgegen. Als Grüne im Bundestag meinen wir: Dem Staat kommt eine wichtige Schutzverantwortung zu. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen selbst über ihre Daten und Informationen entscheiden können. Hierfür

bedarf es zuallererst mehr Transparenz aber auch klarer rechtlicher Vorgaben, die konsequent durchgesetzt werden müssen. Denn wir wollen die Digitalisierung so gestalten, dass alle profitieren.

## **WIRKUNGSVOLL UND BEDÜRFNISORIENTIERT**

Die Verbraucherpolitik muss den Verbraucherinnen und Verbrauchern gerecht werden. Dabei hat das einseitige Bild des Homo oeconomicus ebenso ausgedient wie das des immer und überall "mündigen Verbrauchers". Verbraucherpolitik muss sich der Realität stellen und die Instrumente so wählen, dass sie im Verbraucheralltag wirksam sind. Farbige Nährwertampel statt unrealistischer Portionsangaben, Deckelung von Dispozinsen statt Warnhinweise beim Dispoeintritt, einfaches Basisprodukt für die private Altersvorsorge statt komplizierter Riesterprodukte – nötig sind alltagstaugliche Instrumente der Verbraucherpolitik. Hier hat die Bundesregierung trotz neuem Sachverständigenrat nichts geliefert. Auch die Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher hat sich geändert, da sie immer häufiger auch als Produzent ("Prosumer") agieren: Sie laden Musik in sozialen Netzwerken hoch, speisen auf dem Dach erzeugten Solarstrom ins Netz ein oder bieten die eigene Wohnung während des Urlaubs über eine Ferienwohnungsplattform an. Dem muss die Verbraucherpolitik Rechnung tragen.

## **VERBRAUCHERRECHTE SIND BÜRGERRECHTE**

Verbraucherrechte sind Bürgerrechte, denn das Recht auf Selbstbestimmung und Privatheit muss im digitalen Zeitalter auch gegenüber der Wirtschaft durchgesetzt werden. Es ist das gute Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher, dass ihre Rechte mit den rasanten Entwicklungen der Globalisierung und Digitalisierung Schritt halten. Der Staat ist in der Pflicht, die Verbraucherrechte gegenüber multinationalen Konzernen und in Verhandlungen zu Handelsabkommen zu verteidigen. Ohne faire Regeln und gleiche Wettbewerbsbedingungen nehmen Natur und Menschen Schaden, und monopolartige Anbieter machen sich weiter breit. Verbraucherpolitik ist für die grüne Bundestagsfraktion eine der zentralen Säulen für Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Umweltpolitik. Aber auch zentraler Baustein für globale Gerechtigkeit und fairen Handel.

## **VERBRAUCHERINNEN MÄCHTIG MACHEN**

Viel zu oft werden individuelle Verbraucherschäden nicht verfolgt – weil der Weg zum Gericht für den Einzelnen zu aufwendig ist. Verbraucherorganisationen fehlen in vielen Fällen die rechtliche Möglichkeiten oder die Kapazitäten, den Markt systematisch auf Missstände zu untersuchen und ihre Klagemöglichkeiten auszuschöpfen. Der Fall VW macht deutlich: Selbst bei Millionen Betroffenen ist die Macht einzelner VerbraucherInnen gegenüber einem großen Unternehmen gering. Auch bei Kartellverfahren geht es um Millionen Euro, die letztlich den Verbraucherinnen und Verbrauchern aus der Tasche gezogen wurden. Deshalb wollen wir Verbraucherrechte und Verbraucherorganisationen strukturell stärken, um Ungleichgewichte zwischen Unternehmen und einzelnen VerbraucherInnen zu verringern. Bei Fusionen muss auch die Marktmacht aufgrund von Daten und Netzwerkeffekten stärker berücksichtigt und von Behörden kontrolliert werden können.

## **INITIATIVEN DER GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION ZUR STRUKTURELLEN STÄRKUNG DER VERBRAUCHERINNEN**

### **»» Was Recht ist, muss durchsetzbar sein**

Damit diejenigen, die Recht haben, es auch öfter vor Gericht durchsetzen, wollen wir Gruppenklagen einführen. Die Gruppenklage soll es für einzelne Geschädigte erleichtern, gemeinsam gegen ein Unternehmen zu klagen.

### **»» Kartellrechtbußen und Unrechtsgewinne müssen den Abgezockten zurückgegeben werden**

Unrechtmäßig erzielte Gewinne müssen auch den VerbraucherInnen zugutekommen. Wir wollen, dass ein Anteil der Bußgelder, die gegen Kartelle verhängt werden, in die Verbraucherarbeit

fließen. Gewinne, die Unternehmen unrechtmäßig erzielt haben, sollen leichter abgeschöpft werden können.

### » **Watchdogs müssen beißen können – Marktwächter stärken**

Im Finanzbereich und im digitalen Markt haben Marktwächter der Verbraucherzentralen die Aufgabe übernommen, den Markt zu beobachten, auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen und damit mögliche Schäden von VerbraucherInnen zu verhindern. Ihre Schlagkraft wollen wir weiter verbessern. Dafür wollen wir die Marktwächter institutionalisieren und mit formalem Anrufungsrecht gegenüber den Aufsichtsbehörden ausstatten. Bei den Aufsichtsbehörden muss der Verbraucherschutz als Aufgabe fest verankert werden, so dass sie gegen Verbraucherschäden vorgehen können. Nach dem nun geplanten Energiemarktwächter muss langfristig auch für andere Märkte wie z.B. den Gesundheitsbereich eine systematische Beobachtung aufgebaut werden.

## **VERBRAUCHERPOLITIK FÜR DEN ALLTAG**

### **1. Gutes Essen**

Gutes Essen ist in den vergangenen Jahren zu einem politischen Thema geworden. Immer mehr Menschen sind aktiv in Initiativen gegen Lebensmittelverschwendung und beteiligen sich an Projekten der solidarischen Landwirtschaft. Sie stellen ihre Essgewohnheiten um, weil sie kein Fleisch aus Massentierhaltung essen oder sich überwiegend regional und ökologisch ernähren wollen. In Städten gründen sich Ernährungsräte, weil die Menschen regionale Ernährungsstrukturen stärken wollen. Sie wollen einen Gegenpol setzen zum globalen Lebensmittelmarkt, der beherrscht wird von großen Konzernen und Handelsunternehmen. Insbesondere die vier großen Handelsketten, die 85 Prozent des Lebensmittelhandels abdecken, können ihre Marktmacht ausüben und über das Lebensmittelangebot bestimmen.

Die grüne Bundestagsfraktion unterstützt die Menschen darin, sich selbstbestimmt und gut zu ernähren – mit wirksamen Rahmenbedingungen für sichere, gesunde Lebensmittel. Die Lebensmittelüberwachung muss gestärkt werden, um den globalen Strukturen im Lebensmittelmarkt gerecht zu werden. Wir wollen gutes und leckeres Essen für Kita- und Schulkinder – denn Übergewicht ist mittlerweile eins der größten Krankheitsrisiken für Kinder.

Sieben von zehn VerbraucherInnen haben das Gefühl, dass auf Lebensmittelpackungen getrickt wird. Lebensmittelpackungen müssen die Wahrheit sagen statt durch unklare Versprechungen oder unrealistische Portionsgrößen den tatsächlichen Inhalt zu verschleiern. Als grüne Bundestagsfraktion sorgen wir mit unserer Verbraucherpolitik für Transparenz und erleichtern die Entscheidung für gutes Essen. Dafür schaffen wir einfache, verständliche und verlässliche Verbraucherinformationen beispielsweise über Zutaten, Nährwert, Herkunft und Art der Tierhaltung und gehen gegen Verbrauchertäuschung vor.

### **Initiativen der grünen Bundestagsfraktion für gutes Essen**

#### » **Gutes Essen von Anfang an**

Wir wollen, dass jedes Kind ein gesundes und gut schmeckendes Mittagessen bekommt. Daher wollen wir verbindliche Qualitätsstandards für das Schulessen einführen. Dem aggressiven Marketing für ungesunde Kinderlebensmittel wollen wir durch klare Regeln für Werbung einen Riegel vorschieben. Die jetzige Selbstverpflichtung der Lebensmittelwirtschaft reicht nicht aus. Sie muss nachgebessert oder durch gesetzliche Regelungen ergänzt werden, damit sie den Kriterien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entspricht und neue Marketingkanäle wie soziale Medien erfasst. Kitas und Schulen sollen komplett frei von PR-Aktionen sein.

- »» Tierhaltungskennzeichnung einführen  
Auf Steak und Milch muss klar erkennbar sein, wie die Tiere gehalten wurden. Was bei der Kennzeichnung von Eiern erfolgreich war, wollen wir auch für Fleisch und Milchprodukte einführen: Eine Tierhaltungskennzeichnung mit den Ziffern 0–3.
- »» **Gammelbuden entlarven**  
Verbraucherinnen und Verbraucher erfahren nicht, wo die Lebensmittelüberwachung Missstände und mangelnde Hygiene entdeckt – dabei betrifft das jeden vierten Betrieb. Eine Veröffentlichung der staatlichen Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung an jeder Restaurant- und Imbistür, zum Beispiel in Form eines ampelfarbigem Kontrollbarometers, verschafft Transparenz und wird dazu führen, Beanstandungsquoten zu senken.

## 2. Alltagsprodukte – sicher und nachhaltig

Unbedenklich einkaufen – das ist das gute Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher. Doch Spielzeug, Kleidung und Kosmetika sind nach wie vor häufig nicht sicher. Allein 2015 wurden mehr als 2.000 Produkte in der EU, vor allem Spielzeug und Kleidung, als gefährlich eingestuft und Warnungen ausgesprochen. Maßstab der Produktsicherheit muss das Vorsorgeprinzip sein. Doch das steht unter massivem Druck und muss immer wieder erkämpft werden. – nicht erst seit der Debatte um die Handelsabkommen TTIP und CETA. Das zeigt sich etwa bei hormonell wirksamen Stoffen, die in unzähligen Alltagsprodukten wie Verpackungen, Spielzeug oder Kosmetika zu finden sind und für die es dringend eine gesetzliche Regelung braucht.

Unbedenklich einkaufen – das heißt heute für immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihrem Einkauf faire Produktionsbedingungen und nachhaltige Produktionsweisen zu unterstützen. Nach dem Bio-Trend bei Lebensmitteln und Kosmetika rückt die Textilbranche in ihr Bewusstsein. Spätestens seit dem Unglück in Rana Plaza in Bangladesch wächst der Druck auf die Branche, Menschenrechte und Umweltstandards einzuhalten. Die Strategie der Bundesregierung, auf Freiwilligkeit und Verantwortung der Branche zu setzen, ist bislang nicht aufgegangen. Auch zwei Jahre nach Einführung des Textilbündnis hat es die Branche nicht geschafft, sich auf gemeinsame Ziele festzulegen – nachhaltige Kleidung ist weiterhin ein Nischenprodukt.

Als grüne Bundestagsfraktion wollen wir den nachhaltigen Einkauf erleichtern. Unser Maßstab ist das Vorsorgeprinzip: Gifte müssen deshalb konsequent verbannt und Menschenrechtsverstöße bei der Produktion von Kleidung, Handys und anderen Produktausgeschlossen werden. Nachhaltige Produktionsweisen müssen für Verbraucherinnen und Verbraucher leicht erkennbar sein.

### Initiativen der grünen Bundestagsfraktion für unbedenkliche und nachhaltige Produkte

- »» **EU-Transparenzrichtlinie Textilien**  
Wir wollen verbindliche Sorgfaltspflichten schaffen, damit Unternehmen internationale Menschenrechts- und Umweltstandards einhalten. Für den Textilbereich wollen wir dies durch eine EU-Transparenzrichtlinie erreichen. Textilunternehmen sollen ihre Lieferkette transparent machen und nachweisen können, dass sie in der Lieferkette Sozial- und Umweltstandards umsetzen. Qualifizierte Zertifizierungssysteme sollen dafür sorgen, dass Sorgfaltspflichten überprüfbar, kontrollierbar und sanktionierbar eingehalten werden.
- »» **Hormongifte verbannen!**  
Ob in Spielzeug, Kosmetika oder Lebensmittel – hormonelle Schadstoffe haben in unseren Alltagsgegenständen nichts zu suchen. Wie in Frankreich und Dänemark wollen wir auch in Deutschland ein Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen. Alle anderen Hormongifte wollen wir auf den Prüfstand stellen.

## »» **Murks, nein danke!**

Dass Produkte viel zu früh den Geist aufgeben, ist ein großes Ärgernis, verbraucht wertvolle Ressourcen und schafft riesige Müllberge. Wir wollen, dass Produkte so gestaltet werden, dass sie länger halten und einfacher zu reparieren sind. Außerdem wollen wir die Gewährleistungsrechte verbessern und sicherstellen, dass die Beweislast für einen Mangel während der gesamten Gewährleistungszeit beim Verkäufer bleibt. Die Mindestlebensdauer eines Produkts soll angegeben werden.

## **3. Finanzen und Altersvorsorge**

Auch acht Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers sind Verbraucherinnen und Verbraucher vor Falschberatung nicht ausreichend geschützt. Noch immer stehen nicht sie im Mittelpunkt der Beratung; allzu häufig geht es allein darum, dass bestimmte Produkte verkauft werden sollen. Gerade Finanzprodukte werden überwiegend von Vermittlern vertrieben, die auf Provisionsbasis entlohnt werden. Aber auch Banken und Versicherungen sind in Zeiten sinkender Zinsgewinne zunehmend abhängig von hohen Gebühren und Provisionen. Sie nutzen ihre Machtstellung gegenüber den VerbraucherInnen aus, indem sie beispielsweise Wucherzinsen für Dispokredite verlangen, alte Verträge einfach kündigen oder oftmals unpassende Produkte wie Restschuldversicherungen verkaufen.

Bei einer Untersuchung der Stiftung Warentest zur Beratungsqualität schnitten nur drei von 23 Banken gut ab. Bei den anderen kam es zu falschen Anlageempfehlungen und zum Teil sogar Gesetzesverstößen. Das schadet Verbraucherinnen und Verbraucher – sie verlieren durch falsche Beratung viel Geld oder erleiden Absicherungslücken, beispielsweise in der Altersvorsorge. Zudem werden durch die niedrigen Zinsen das Sparen und Geldanlegen für die private Altersvorsorge immer schwieriger.

Als Grüne im Bundestag machen wir uns stark für mehr Kontrolle und Transparenz auf dem Finanzmarkt. Grüne Verbraucherpolitik schützt die VerbraucherInnen durch gesetzliche Regelungen vor Abzocke, beispielsweise bei Dispozinsen, verbraucherschädlichen Kopplungsgeschäften oder Vorfälligkeitsentschädigungen. Sie geht gegen die Fehlanreize in der provisionsbasierten Finanzberatung vor und stärkt die provisionsunabhängige Beratung. Sie schafft mit dem Bürgerfonds als öffentlich verwaltetes Basisprodukt einen einfacheren Zugang zur privaten Altersvorsorge für alle.

### **Initiativen der grünen Bundestagsfraktion für Verbraucherschutz im Finanzmarkt**

#### »» **Ein einfaches Rentenprodukt für alle**

Wir wollen ein öffentlich verwaltetes, einfaches und verständliches Produkt für die private Altersvorsorge. Es soll ohne übermäßige Gebühren auskommen, Sicherheit bieten und ein Anlagemodell für alle und nicht nur für Besserverdienende sein. Es soll zum Standard der geförderten privaten Altersvorsorge werden; wer es nicht will, kann wie bisher Produkte der Privatwirtschaft zur Altersvorsorge nutzen. Andere Länder wie Schweden machen schon lange vor, dass dies ein effizienter Weg ist, die private Altersvorsorge zu einem wichtigen Baustein zu machen, um den Lebensstandard im Alter zu erhalten.

#### »» **Für bessere und sichere Finanzberatung**

Beraterinnen und Berater sollen den Bedarf ihrer Kunden zum Maßstab machen und nicht die Höhe der Provisionen oder Margen, die sie erhalten. Deshalb müssen Provisionen gedeckelt und offen gelegt sowie die unabhängige Beratung gestärkt werden. Wir brauchen eine hundertprozentige Kostentransparenz. Anbieter von Finanzprodukten sollen verpflichtet werden, für alle Produkte auch provisionsfreie Nettotarife anzugeben. Sie sollen nur noch mit echten Nettorenditen, d.h. nach Abzug aller Kosten, Werbung machen dürfen. Mittelfristig wollen wir eine von Provisionen und Margen unabhängige Finanzberatung für Verbraucherinnen und

Verbraucher erreichen. Dafür müssen schon heute Wettbewerbsnachteile für unabhängige Berater abgebaut werden. Ein klarer, langfristiger Fahrplan soll den Ausstieg aus der Provisionsberatung festlegen.

#### » **Schutz vor überhöhten Gebühren**

Wir fordern, Dispozinsen zu deckeln und Vorfälligkeitsentschädigungen bei vorzeitiger Kreditrückzahlung verbraucherfreundlich zu regeln. Beim Basiskonto muss sichergestellt werden, dass die Kosten nicht höher sind als für das günstigste, vergleichbare Kontomodell des Kreditinstituts. Das stellt sicher, dass der Anspruch auf ein Konto für Jeden nicht durch hohe Gebühren konterkariert wird. Kontogebühren sollen transparent und besser vergleichbar sein.

### **4. Digitales: Gleichwertiger Verbraucherschutz für analog und digital**

Im Netz bieten sich viele Chancen für mehr Verbrauchermacht: mehr Markttransparenz, mehr Auswahl und passgenaue Angebote. Mehr nachhaltiger und selbstbestimmter Konsum durch neue Möglichkeiten des Teilens, auch dank neuer Open Source- und Open Data-Anwendungen. Andererseits ergeben sich neue Verbraucherrisiken.

Viel zu häufig bleibt vom Grundprinzip der Einwilligung nur ein "Friss oder stirb", wenn VerbraucherInnen Angebote im Internet nutzen wollen, die kein Geld kosten, sondern mit persönlichen Daten bezahlt werden. Datenschutzfreundliche Alternativen sind noch immer Mangelware. Notwendig sind klare rechtliche Vorgaben für die Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten, deren konsequente Durchsetzung sowie starke und unabhängige Aufsichtsstrukturen. Die Europäische Datenschutzreform bringt hier wichtige Verbesserungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher und muss nun so umgesetzt werden, dass der erreichte Schutzstandard nicht verwässert wird.

Was wir angeboten bekommen und zu welchem Preis, das bestimmen immer häufiger Algorithmen. So werden Angebote zwar individueller und passgenauer, aber ein Marktüberblick unmöglich. Und es besteht die Gefahr der individuellen Diskriminierung – etwa wenn der Wohnort oder das bisherige Einkaufs- und Surfverhalten den Preis mitbestimmen. Hier ist die Verbraucherpolitik gefragt, Transparenz herzustellen und Aufsichtsstrukturen zu schaffen, die Algorithmen auf ihre diskriminierende Wirkung überprüfen können.

Zur Wahlfreiheit der Nutzerinnen und Nutzer gehört auch die Chance auf einen leichten Plattformwechsel. Datenportabilität und Interoperabilität zwischen verschiedenen Plattformen sind notwendig: NutzerInnen soll es möglich sein, beispielsweise das soziale Netzwerk oder den Mitteilungsdienst leicht zu wechseln, und bei digitalen Gütern wie E-books oder Musik die erworbenen digitalen Inhalte bei einem Wechsel in andere Systeme mitnehmen zu können.

Als Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen setzen wir uns für Transparenz, Selbstbestimmung und den größtmöglichen Schutz personenbezogener Daten ein. Wir wollen Anreize für guten, innovativen Datenschutz und höchste IT-Sicherheitsstandards schaffen. Grüne Verbraucherpolitik weist die Unternehmen in ihre Schranken: Auch Google, Amazon, Facebook und Co müssen sich an geltendes Recht halten. Das gilt auch für hate speech, fake news und social bots.

#### **Initiativen der grünen Bundestagsfraktion für digitalen Verbraucherschutz**

##### » **Internet der Dinge: Mein Leben, meine Daten**

"Intelligente" Geräte können den Alltag erleichtern und beispielsweise helfen, den Energieverbrauch zu steuern und zu verringern. Eine Zwangsbeglückung ist aber der falsche Weg. Längst existieren innovative Angebote, die Nutzerinnen und Nutzer nicht ausforschen. Denn am besten sind Daten, die gar nicht erst anfallen oder unwiederkehrbar anonymisiert sind. Voreingestellter Datenschutz durch Technik (privacy by design, privacy by default) und höchste IT-Sicherheitsstandards sind unsere Leitlinie, um Verbraucherinnen und Verbraucher vor



systematischer kommerzieller Ausforschung und kriminellem Missbrauch durch vernetzte Alltagsgeräte zu schützen. Wie in der europäischen Datenschutzgrundverordnung vorgesehen, fordern wir eine enge Zweckbindung von gespeicherten Daten.

➤ **Automatisiertes Fahren: Verbraucherfreundlich regeln**

Das vernetzte Auto birgt enorme Potentiale. Bevor es auf unseren Straßen zugelassen wird, müssen allerdings erst Fragen zur Haftung und zum Dateneigentum geregelt werden – im Sinne der Nutzenden anstelle der Autoindustrie. Wir fordern darum eine klare Herstellerhaftung für technische Fehler. FahrzeughalterInnen müssen sich auf Assistenzsysteme verlassen können.

➤ **Vergleichsportale und Plattformen: Transparenz im Netz**

Vergleichsportale werden immer wichtiger, um VerbraucherInnen eine Orientierung zu bieten. Aber viele Portale sind längst nicht so umfassend und unabhängig, wie sie erscheinen. Wir wollen, dass Buchungs- und Vergleichsportale verpflichtet sind, ihre Betreiber, ihre Finanzierungsmodelle und von ihnen bewertete Anbieter offen zu legen. Werbeinhalte müssen unmissverständlich von Portalinhalten abgegrenzt werden.

## 5. Gesundheit und Pflege

Die Rolle von Patientinnen und Patienten hat sich geändert. Sie wollen heute zu recht von ihren Ärzten gut informiert werden und sich am Behandlungsprozess aktiv beteiligen. Zudem werden sie zu Kundinnen und Kunden, da immer mehr Gesundheitsleistungen privat erbracht und bezahlt werden müssen. Die sogenannten individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) sind für manche Arztpraxen eine wichtige Einkommensquelle. Den Patientinnen und Patienten fehlt es aber bislang häufig an unabhängigen und verständlichen Informationsangeboten, auf deren Grundlage sie eine Entscheidung treffen können. Mit Billigung der Bundesregierung wurde die dafür geschaffene "Unabhängige Patientenberatung" faktisch in ein reines Callcenter verwandelt, die unmittelbare Beratung vor Ort wurde abgewickelt.

Patienten müssen mehr Möglichkeiten bekommen, Krankenkassen, ÄrztInnen und Krankenhäuser anhand aussagekräftiger, verständlicher Qualitätskriterien zu vergleichen. Mögliche Indikatoren könnten etwa Patientenbefragungen, Gesundheitsergebnisse, das Engagement von Krankenkassen für sozial benachteiligte Versichertengruppen oder Menschen mit Behinderungen sowie die Zahl der Beschwerden oder Widersprüche sein.

Wichtig ist ein starker Verbraucherschutz auch in der Pflege. Denn in der Pflege werden Menschen über einen längeren Zeitraum versorgt, was mit erheblichen finanziellen Aufwendungen für Betroffene und ihre Angehörigen verbunden ist. Ansprüche und Angebote in Deutschland sind oft so unübersichtlich, dass sie für Ratsuchende schnell zu einem unüberwindbaren Labyrinth werden.

Als Grüne im Bundestag wollen wir die Rolle der PatientInnen stärken. Mehr Transparenz und Kontrolle sollen auch auf dem unübersichtlichen Gesundheitsmarkt helfen. Für den Bereich der Pflege setzen wir auf gute, unabhängige und individuelle Beratung und Begleitung von Betroffenen, auf einen guten rechtlichen Schutz und auf Transparenz über die Qualität von Pflegeangeboten.

### Initiativen der grünen Bundestagsfraktion für Verbraucherschutz im Gesundheits- und Pflegemarkt

➤ **Für Qualität und Transparenz bei Lifestyle- und Gesundheitsapps**

Um im Dschungel der rund 100.000 Lifestyle- und Gesundheits- Apps den Überblick zu bewahren, braucht es klare Qualitätskriterien. Sie müssen dort sichtbar sein, wo VerbraucherInnen ihre Auswahl treffen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen den Zugang zu ihren Gesundheitsdaten erhalten. Die Grundsätze von Datensparsamkeit, informierter Einwilligung, privacy by design und Zweckbindung müssen auch bei Gesundheits-Apps gelten. Eine Verknüpfung finanzieller Anreize mit einer Offenlegungsverpflichtung von Daten muss

insbesondere in der Daseinsvorsorge verhindert werden. Gesundheitsdaten sind hochsensibel und dürfen nicht zum Zahlungsmittel werden.

#### » **Unabhängige Information, Beratung und Marktbeobachtung auf dem Gesundheitsmarkt sicherstellen**

Damit Patientinnen und Patienten gut informierte Entscheidungen treffen können, wollen wir Ärztinnen und Ärzte verpflichten, neben dem Aufklärungsgespräch unabhängige und schriftliche Informationen über Nutzen und Risiken von IGeL sowie Alternativen auszuhändigen. Ein unabhängiges Transparenzportal soll verlässlich, verständlich und neutral über Gesundheitsangebote informieren. Wir wollen ein unabhängiges Beratungsangebot, das Patientinnen und Patienten im persönlichen Gespräch bei Fragen zur Leistungsgewährung und in Konfliktsituationen zur Seite steht. Darüber hinaus wollen wir die Beobachtung des Gesundheits- und Krankenversicherungsmarktes durch eine unabhängige Organisation sicherstellen. Diese soll aufbauend auf die Rolle der bis 2015 bestehenden Unabhängigen Patientenberatung (UPD) Missstände aus Versicherten- und Patientensicht sammeln und auf Probleme aufmerksam machen.

#### » **Transparenz und Schutz in der Pflege**

Menschen, die Pflege brauchen und ihre Angehörigen wünschen sich zu Recht die bestmögliche Pflege und Betreuung. Deshalb müssen sie unkompliziert erkennen können, ob sie in einer Einrichtung gute oder schlechte Pflege vorfinden. Der Pflege-TÜV der Bundesregierung hat sich dafür nicht bewährt. Es müssen schnell bessere Instrumente eingeführt werden, die wirklich Transparenz bieten. Verbraucherrechte Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen sollen gestärkt werden. Dazu gehört, die im Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) vorgesehenen Regelungen zum Verbraucherschutz viel konsequenter anzuwenden und auszubauen. Kosten, wie beispielsweise Investitionsumlagen müssen nachvollziehbar und transparent sein. Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sollen einen Anspruch haben, persönlich beraten und begleitet zu werden.

## **6. Wohnen und Energie**

In Deutschland leben circa 35 Millionen Menschen zur Miete, sie alle sind auch Verbraucherinnen und Verbraucher. Angesichts häufig überlasteter Wohnungsmärkte in Ballungsgebieten haben es gerade junge und alte Menschen, kinderreiche Familien und Alleinerziehende oft schwer, ihre Wohnungen zu halten. Das hat auch die Mietpreisbremse der großen Koalition mit ihren vielen Schlupflöchern nicht geändert. Auch für die Menschen, die in Eigentumswohnungen wohnen und deren Wohneigentum meist die größte Investition ihres Lebens ist, ist ein besserer Verbraucherschutz beim Kauf, beim Bau und gegenüber Wohnungsverwaltungen notwendig. Daher setzen wir uns als grüne Bundestagsfraktion für ein verbraucherfreundliches Bauvertrags- und Bauträgerrecht ein, um zukünftige Eigentümer effektiv zu schützen.

Die Energiewende fängt für Verbraucherinnen und Verbraucher zu Hause an. Bisher gibt es eine breite Unterstützung für die Energiewende – doch sie darf nicht durch unfaire Kostenverteilung oder Abwälzung hoher Modernisierungskosten auf die Mieterinnen und Mieter gefährdet werden. Auch bei der dringend notwendigen Digitalisierung sind die Weichen zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher gestellt worden, indem sie nun mit digitalen Zählern zwangsbeglückt und zur Kasse gebeten werden.

Als Grüne im Bundestag stärken wir mit unserer Verbraucherpolitik die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher im Wohnmarkt. Bei der Energiewende sorgen wir dafür, dass die Kosten fair verteilt werden und Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren. Dafür wollen wir Industrieprivilegien abbauen, energetische Sanierungsmaßnahmen steuerlich fördern und unabhängige und qualifizierte Beratung ausbauen.



## **Initiativen der grünen Bundestagsfraktion für Verbraucherschutz beim Wohnen**

### **» Mieterrechte stärken – Mietrecht reformieren**

Wir sorgen für eine Mietpreisbremse, die ihren Namen auch verdient, indem wir ihre Schlupflöcher schließen. Außerdem begrenzen wir Mieterhöhungen in bestehenden Mietverträgen, auf 15 Prozent innerhalb von fünf Jahren. Die Modernisierungumlage werden wir deutlich absenken und nur noch echte Energiesparmaßnahmen, Barriere-Abbau und Einbruchschutz berücksichtigen. Wer Wohnungen altersgerecht und barrierefrei umbauen will, soll bedarfsgerechte, niedrigschwellige staatliche Finanzierungshilfen erhalten.

### **» Klimaschutz in Gebäuden sozial gerecht voranbringen**

Mit dem grünen "Strom- und Wärmepaket" wollen wir Klimaschutz voranbringen und erreichen, dass alle von der notwendigen ökologischen Sanierung beim Bauen und Wohnen profitieren können. Dazu wollen wir Fördermittel für energetische Sanierung und Effizienzmaßnahmen auf insgesamt sieben Mrd. Euro verdoppeln, zwei Mrd. Euro davon stehen für ein neues Förderprogramm für die Quartierssanierung bereit. So können Heizkosten und Energieverbrauch gesenkt werden. Selbst nutzende EigentümerInnen wollen wir bei der energetischen Modernisierung steuerlich fördern. Die unabhängige Energieberatung wollen wir ausbauen. Um auch Haushalten mit kleinen Einkommen zu ermöglichen, in energetisch saniertem Wohnraum zu leben, verdoppeln wir die Mittel für das Wohngeld und führen zusätzlich ein Klimawohngeld ein.

### **» Verbraucherschutz in der Energiewende: Mieterstrom und regionale Ökostromerzeugung**

Wir wollen, dass jeder, der möchte, Wärme und Strom umweltgerecht erzeugen und selbst nutzen oder in der Nähe direkt vermarkten kann. Auch MieterInnen sollen vom inzwischen günstig gewordenen Strom aus Sonne und Wind profitieren: durch Mieterstrom aus erneuerbaren Quellen, den wir durch Befreiung von der EEG-Umlage begünstigen wollen. Regionale Ökostromerzeugung wollen wir stärken und gesetzlich absichern, damit diese Angebote für VerbraucherInnen sichtbar und attraktiv werden.